

Volker Hassemer: Für eine familienorientierte Stadtpolitik

Die oft totgesagte Stadt scheint heute attraktiver denn je. Dabei entstehen neue Anforderungen an die langfristige und übergreifende Stadtentwicklungsplanung, weil die Menschen selbst ihre Stadt lebenswerter gestalten wollen. Volker Hassemer argumentiert gegen das negative Zerrbild der angeblich »schrumpfenden Stadt« und plädiert für eine flexible und dynamische Rahmensetzung, die die dezentralen und individuellen Energien der Bürger aufgreift und befördert. Denn eine beschleunigte Bewegung ist das wichtigste Merkmal der zukünftigen europäischen Stadt.

Städte sind ungeheuer reich. Städte sind reich an Fläche, an Gebäuden und Infrastruktur. Das Spezifikum des städtischen Reichtums aber sind die Menschen. Das macht ihren Unterschied aus gegenüber dem »flachen Land«: Städtische Gesellschaften verfügen über die größte Menge, über die größte Vielfalt und über die größte Qualität an Akteuren, die eine Gesellschaft voranbringen können. Das ist ihr Schatz, den sie verwalten und zur Wirkung bringen müssen.

Stadtentwicklungsplanung hat diese große Aufgabe zu leisten. Dabei geht es nicht alleine um die Planung und Festlegung von Gebieten für Verkehr, Wohnen, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen usw. – wirkliche städtische Entwicklung umfasst viel mehr.

Begreifen wir unsere Städte als Energiequelle, als Schutz und Anregung und als Unterstützung unserer Aktivitäten, unseres individuellen und gemeinschaftlichen Lebens. Sie erbringen städtische Funktionen im Dienste der Bürger. Kurz gesagt: Städte sind wie Bildung. Sie befähigen, wenn sie dazu entwickelt werden. Sie verursachen Reparaturbedarf, wo dies nicht geschieht.

Klare Zielvorgaben sind für die Stadtentwicklungsplanung entscheidend. Bereits jetzt setzen sich Städte Ziele wie z. B. einen ungehinderten Verkehrsfluss und die Ansiedlung von Unternehmen, die Arbeitsplätze und Steuereinnahmen versprechen, die Schaffung von ausreichendem Wohnraum und einer gut ausgebauten Infrastruktur. Das sind sehr ehrenwerte Ziele, aber dienen sie wirklich dem übergeordneten

Ziel, das man erreichen möchte? Stadtentwicklungsplanung wird nicht erfolgreich sein, wenn die Städte lediglich als Verwaltungseinheiten verstanden und geordnet werden.

Lamentieren ist eine höchst beliebte Übung. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Lage der Städte. So wie Städte sich ihnen anbieten, ist keiner so recht mit ihnen zufrieden: Die Autofahrer ebenso wenig wie die Fahrradfahrer, schon gar nicht die Wirtschaftspolitiker. Die Politiker der Grünen mögen sich einige Inseln erkämpft haben – im Zweifel sind sie mürrisch aufgrund deren schlechten Zustands. Gerade Familienpolitiker kommen mit der Stadt schwer zurecht, auch die Jugendpolitiker, die Kulturpolitiker haben das Städtische oft schon lange aufgegeben.

Das ist letztlich eine Lieblosigkeit gegenüber der Stadt, die man nicht tolerieren darf. Denn die Stadt ist das Zuhause aller und muss daher diese unterschiedlichen Bedarfe bestmöglichst befriedigen. Sie ist zugleich nicht in der Lage, sich jedem, der so lamentiert, ideal darzubieten. Ja – Stadt darf ihren jeweiligen Ansprüchen noch nicht einmal maximal zu Diensten sein. Denn sie ist im Ergebnis die Quersumme, die Optimierung all dessen, was qualitativ von ihr erwartet wird.

Gleichwohl: Diese qualitativen Erwartungen allein sind ihre Daseinsberechtigung. Es gibt nichts anderes, woran die Stadt sich orientieren darf.

Und das bedeutet auch, dass sich all diese Kritiker als Städtebauer herausgefordert fühlen müssen. Sie müssen ihre Ansprüche einbringen, ihre Ideen, ihre Ideale auf den Tisch legen, damit daraus das große ganze Gemeinsame und Geglückte werden kann. Stadtplanung ist nichts anderes als die Werkstatt, in der diese Rohstoffe in der hoffentlich besten Weise zu einem Ganzen zusammengefügt werden.

Stuttgart beispielsweise hat dieses Verständnis bereits übernommen – schon deshalb, weil es sich die Kinderfreundlichkeit zum obersten Ziel gemacht hat. Dies ist ein guter Einstieg, weil ein inhaltliches Ziel nach oben gestellt wurde; wobei die Absolutheit sicherlich nicht so gemeint wie gesprochen ist. Wenn das – nehmen wir es einmal ernst – gutgeht, werden nach diesem Oberziel alle anderen Ziele von der Verkehrsführung über den Arbeitsmarkt bis hin zum Wohnungsangebot neu eingeordnet und qualitativ abgestimmt. Man wird sehen.

Stadtentwicklungsplanung sollte man auf diese Weise ernst nehmen: Von inhaltlichen Zielen ausgehend, müssen die einzelnen Bausteine der räumlichen Entwicklung und ihre Vernetzung bestimmt werden – Stadtentwicklungsplanung verstanden als eine strategische Planung, die sich nach den Grundsatzzielen der Stadt richtet. In diesem Verständnis dient die räumliche Stadtplanung dem Aufbau eines Leistungsgefüges, das den Zielen der Stadt dienen soll; mit Leistungen, die die Stadt für ihre Zukunftsplanung für wertvoll hält. Ohne dies ist die Arbeit der Stadtplaner blutleer, bestenfalls die Herstellung funktionaler Ordnung.

Zielorientierte Stadtentwicklungsplanung ist nötig für die Gesamtstadt, aber auch dezentral für die Orte und Stadtteile. Die Menschen leben und entfalten sich ja nicht einfach in »der Stadt«. Sie finden vielmehr das, was sie für sich selbst, für ihre Kinder und ihre Familien benötigen, in bestimmten

Umgebungen, deren Radius die ganze Stadt umfassen kann, im Normalfall aber auch sehr eng auf den Raum vor der eigenen Haustür konzentriert ist.

Diesem Verständnis nach müsste die Stadtentwicklungsplanung die Königsdisziplin der städtischen Ressorts sein. Hier müssten:

- :: die Ziele festgelegt werden, mit denen die spezifische Stadt zum Blühen gebracht werden soll;
- :: die Beiträge definiert werden, die die einzelnen städtischen Ressorts zu liefern bzw. zu betreuen haben, damit diese Ziele Realität werden können;
- :: die Implementierung dieser Ziele verantwortet werden einschließlich der dazugehörigen Beiträge für das gesamte Stadtgebiet, insbesondere aber auch für die Teilregionen der Stadt (und ihr Zusammenspiel).

Welche Ziele sich eine Stadt setzt, hängt von ihrer Vision ab. Dies sind durchaus nicht nur die Ziele der wirtschaftlichen Produktivität. Das Spektrum ist viel breiter. Alles betrifft am Ende die oben definierte Hauptaufgabe: Welche Rahmenbedingungen die Stadt ihren Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen will, um bestimmte Aktivitäten zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Inwieweit und in welcher Form können Rahmenbedingungen zum persönlichen Glück und zur Zufriedenheit der Bewohner beitragen?

Damit ist auch gesagt, dass die »Herstellung« von persönlichem Glück und Zufriedenheit weder Sache noch Vermögen städtischer Planung sein kann. Dass aber andererseits das Ziel städtischer Entwicklung kein anderes ist, als dafür die Rahmenbedingungen zu erarbeiten.

Das Leitkriterium ist also, Städte zu bauen, die die zunehmend nötige Leistungsfähigkeit der Gesellschaft unterstützen oder gar

ermöglichen. Sie müssen einen optimalen Aktionsort für ihre Bewohner anbieten, ein möglichst gutes Terrain zu ihrer Entfaltung. Die Aktivität der Bürger selbst ist Anlass und Ziel für den Stadtentwicklungsplan.

So groß und unübersichtlich die Stadt auf den ersten Blick erscheint: Sie fußt auf individuellen und dezentralen Energien. Sie erlangt ihre Kraft zunächst nicht aus dem Ganzen, sondern aus dem Einzelnen. Dieses vielfältige Einzelne ist sodann das Material für Kooperation und Vernetzung, schließlich die »geballte« Kraft der Stadt.

Auch die alltägliche und sich entwickelnde Lebendigkeit dieser geballten Kraft einer Stadt speist sich aus der Leistung ihrer dezentralen Akteure. Das gilt sogar für die Vernetztheit der Stadt nach außen, ihre Kooperationsfähigkeit und Wettbewerbsleistung in der Welt. Der Einzelne mit seiner auch über die Stadt hinausreichenden Aktivität und Erfahrung besorgt letztlich die überregionale und internationale Vernetzung, über die die jeweilige Stadt verfügt.

Familienpolitik erweist sich in diesem Zusammenhang nicht lediglich als eine Politik »in« der gebauten Stadt, sondern auch als eine »für« die zu bauende und sich entwickelnde Stadt. Somit ist das Bauen der Stadt, wovon die Stadtentwicklungsplanung ein Teil ist, ein sehr fundamentaler Schritt z. B. auch der Familienpolitik.

Familienpolitik ist dann auch nicht nur eine Politikdisziplin »für die Familien«, die den Ansprüchen von Familien gerecht werden will, sondern eine Politik, die den Beitrag der jeweiligen Stadt zur Zukunftsfähigkeit einer Gesamtgesellschaft im Auge haben muss. Eine Politik, die nach den Bemühungen und Aufwänden fragt, um Familien das Leben in der Stadt möglich, erträglich, attraktiv zu machen. Familienpolitik ist dann vielmehr - auch - ein Beitrag zur umfassenden Produktivität einer Stadt. Sie

hat Ansprüche zu stellen und Leitlinien zu liefern, wie eine Stadtentwicklungsplanung aussehen muss, die diese Produktivität ermöglicht und befördert.

Dazu ist Familienpolitik wichtig genug, denn die Familie ist der originäre Zusammenhalt der einzelnen Mitglieder der Stadtgesellschaft. Sie steht für gegenseitige Unterstützung, Solidarität und individuelle Herausforderung und ist ein von unten nach oben wirkendes Energiebündel der Stadtgesellschaft. Sie verbindet obendrein in ihrer generationsübergreifenden Zusammensetzung (Vergangenheits-)Erfahrung mit Gegenwartsbewältigung und Zukunftsperspektive.

Diese Energiezentrale ist selbstverständlich heute nicht mehr gleichzusetzen mit der traditionellen Familienkonstruktion. Es gibt neue Formen, die diese gegenseitige Verlässlichkeit, Solidarität und Betreuung organisieren. Auch wenn diese Formen lockerer und kurzfristiger sein mögen, sie erfüllen die gesellschaftliche Basisrolle, die früher ganz überwiegend in der traditionellen Familienstruktur bestand.

Stadtentwicklungsplanung muss diesen gesellschaftlichen Grundformen in ihrer heutigen Fassung eine Umgebung bieten, in der sie zurechtkommen, in der sie Anreicherung und Unterstützung erfahren. Geht man in Berlin über den Prenzlauer Berg, kann man zahlreiche, sehr einfache Faktoren erkennen, die eine solche Umgebung ausmachen:

Es beginnt bei den für Kinder ausreichend großen Wohnungen. Es geht weiter über einen öffentlichen Raum, der auch für Kinder sicher ist und ihren Aufenthalt ermöglicht; wo sie sich wohlfühlen, wo sie ihre Treffpunkte haben können. Und: Dieselbe Gegend muss auch für die Eltern angenehm und attraktiv sein. Auch für sie muss die Umgebung die gesuchte, die bevorzugte

sein. Und all das hat dort gegenüber anderen Zielen hohe Priorität.

Nicht alle Ansprüche kann man gleichzeitig erfüllen. So sind es am Prenzlauer Berg insbesondere junge Eltern, die sich hier zu Hause fühlen. Der Bezirk wird damit zu rechnen haben (und sollte es auch tun und nicht als ein Problem empfinden), dass älter gewordene Eltern mit ihren Familien wegziehen, weil sie »ihre Stadt« besser an einer anderen Stelle in Berlin finden. Es allen recht machen zu wollen, wäre falsch. Dafür sollte man in aller Konsequenz das Segment bedienen, mit dem man sich identifizieren und im guten Sinne »bereichern« will.

Es ist nicht nur eine reine Freude, es ist unter mehreren Gesichtspunkten hochinteressant, diese Entwicklung am Prenzlauer Berg zu beobachten. Der »Kinderreichtum« dort ist nicht entstanden aus einer neuen Kinder- oder Familienpolitik, er ist das Ergebnis einer neuen wirtschaftlichen Entwicklung: In dieser Gegend haben sich viele junge, aufstrebende kleine Unternehmen im IT- und Medienbereich angesiedelt.

Diese Unternehmen bzw. die Menschen, die dort arbeiten, haben ganz offensichtlich ein neues Interesse für Kinder und Familie entdeckt. Auf diese Weise wird aus diesem Bezirk geradezu plötzlich ein »Familienbezirk«.

Das wird begleitet von anderen interessanten Entwicklungen: Es sind eher die Männer als die Frauen, die morgens ihre Kinder in die Kindertagesstätten bringen. Das Familienleben spielt sich mehr als in der Vergangenheit im öffentlichen Raum ab. Das zeigt sich nicht nur in den überfüllten Spielplätzen (wobei die Überfüllung durchaus eher genossen als beklagt wird). Das ganze Straßenbild prägt sich »familiär«. In den Cafés und Restaurants ist man vor Kindern nicht sicher.

Ebenfalls am Prenzlauer Berg stellt sich nicht die »normale« Frage, ob eine bestimmte Familiendichte linear bestimmte soziale Einrichtungen und damit Aufwände der öffentlichen Hand abfordert. Die »Rundumversorgung« ist – anders als in anderen Bereichen der Stadt – als Erwartung der Familien nicht ohne weiteres anzunehmen. Es zeigt sich, dass sich die Frage traditioneller Stadtentwicklungsplanung, was kann sich eine Stadt an Dichte und damit auch an Folgeeinrichtungen leisten, nicht mehr einfach als quantitative Frage stellt. Vielmehr ist es sehr gut möglich, dass ganz andere Impulse und Aktivitäten der Stadtentwicklung erforderlich sind, um dieses unzweifelhaft wichtige Thema angemessen zu behandeln.

Dies zu beachten, darf nicht nur zu einer möglichen Verringerung entsprechender Aufwände führen. Wichtiger noch ist es, dass solch eine Haltung andere stadtplanerische Vorkehrungen erwartet. Vorkehrungen, die den Familien beispielsweise erlauben, Betreuung und Erziehung der Kinder mit eigenem Aufwand und mit eigenen Leistungen zu betreiben. Dazu allerdings müssen sich dann Räume anbieten, müssen Möglichkeiten bestehen.

Die Kommune, in diesem Fall das Bezirksamt, hat erhebliche Schwierigkeiten, hinter all dem herzukommen. Dabei ist noch nicht einmal eine gestaltende, ein bestimmtes Ziel begleitende und befördernde öffentliche Hand gefragt. Es geht nur darum, auf die sich ereignende Entwicklung fördernd statt bremsend zu reagieren. Aber tatsächlich tritt eher das Letztere ein. Das Bezirksamt neigt dazu, größere Wohnungen im Bezirk nicht mehr zu befördern, weil dies die Unterstützung oder gar den Zuzug von Familien Tür und Tor öffnen könnte.

Was bedeutet dann noch Familienpolitik? Wo ist da noch auch nur die Spur einer

Beteiligung von Familienpolitik anstelle Entwicklungspolitik?

Nicht »die Städte« sind das Dilemma, sondern ihr Management. Und nicht primär die Verantwortung der bündelnden Stadtplaner ist das Problem, sondern das Desinteresse und vielleicht auch die mangelnde Durchsetzungskraft der Fachpolitiken, hier der Familienpolitik. Der Mangel an deren offener und konstruktiver Beteiligung an der Stadtentwicklungspolitik ist das Problem: der Mangel an ihrer Beteiligung an der Entwicklung ihrer Stadt.

Die den Prenzlauer Berg beherrschende Klientel erwartet nicht den primär fürsorglichen Staat. Sie erwartet vielmehr den Staat, der zulässt, der sich nicht in den Weg stellt. Dies lässt sich bis hin zur Strategie der sozialen und schulischen Infrastruktur verfolgen. Zukunftsweisende Infrastrukturpolitik in einer solchen Gegend muss die Eigenverantwortlichkeit der Bewohner für die Erziehung der Kinder in Kindertagesstätten und Schulen ins Kalkül ziehen.

Die Städte sind von ihrem Raum und ihrer Fläche her in der Lage, sich neue inhaltliche Ziele zu setzen: nämlich die Stadt in Zukunft ganz anders aussehen zu lassen, als sie sich nach der Charta von Athen entwickelt hat. Das muss man zunächst einmal erkennen und dann von den Fachpolitiken ausgehend den eigenen Anspruch verfolgende Beiträge leisten. Das wird auch dadurch befördert, dass alte Nutzungen (Industrien z. B.) die Stadt verlassen und damit bisher genutzte Flächen brach liegen. Man sollte besser sagen: frei werden. Unter dem dramatisch fehlleitenden Begriff der »Schrumpfung« wurde diese Entwicklung in den vergangenen Jahren als ein Negativmerkmal für die Stadt kommuniziert. Wieder entstand so der Eindruck von einem strukturellen Problem der Stadt. Die Stadt schien mit ihrer Attraktivität wieder einmal

am Ende. Das Ganze ließ sich übrigens auch künstlerisch dramatisch überhöhen.

Heute erscheint dies wie eine Drückerei vor der Erörterung und dem Setzen neuer Ziele. Es stand für das Versagen, die neuen Möglichkeiten der Stadtfläche nicht offensiv und strategisch für neue Ziele, für neue Urbanität zu nutzen und stattdessen das »Schrumpfen« zu beklagen. Eine aktive Stadtgesellschaft baut sich, statt zu klagen, das Haus, das sie will.

Die in der Stadt sich nicht mehr rentierenden Nutzungen, die Ursache für das »Schrumpfungs«-Szenario, waren ja zu einem großen Teil gar nicht so sehr wünschenswert. Jetzt machen sie Platz für neue Nutzungen, die sehr viel städtischer sind als die alten. Die Stadt ist nun in der Lage, ihr Inneres mit Nutzungen zu formen, die dem Menschen sehr viel näherstehen in ihrem Wunsch, gut zu leben, als es die alten waren.

Wenn Industrie und Gewerbe, verbunden mit den nicht unbedingt urbanen baulichen Großformen, nicht mehr in den Innenstädten stehen, dann schrumpfen also die Belastungen – und nicht die Städte selbst. Und wenn in diese Räume neue Formen von Wohnraum, von Unterhaltung, vielleicht wiederum von – wenn auch anderem – Gewerbe einziehen, dann kann die Stadt blühen, an Kraft gewinnen. Dann ist das keine Schrumpfung, dann ist das Kraftentfaltung.

Natürlich ist mir bewusst, dass das Verschwinden von Gewerbe und Industrie (auch wenn es nur aus der Stadtmitte verschwinden sollte) mit Verlusten an Arbeitsplätzen, an Einkommen, an Lebensfähigkeit von Städten verbunden ist. Dies zu erkennen, hindert aber doch nicht daran, die belebenden Vorteile der neuen Strukturen wahrzunehmen und zu entwickeln. Es gilt sie »zu entwickeln«, denn sie kommen nicht

immer und nicht ohne weiteres von selbst. Sie benötigen Energie, die durch das Schrumpfungslamento verdeckt und erstickt zu werden droht.

Die neue Attraktivität solcher nicht mehr durch alte Industrien belasteten Städte zieht nämlich auch neue Berufe, neue Produktionsformen an – kann sie jedenfalls anziehen, und zwar solche, die sich in »Industrievierteln« nicht wohl fühlen würden. Sehr oft sind es solche Berufs- und Arbeitsformen, die mit der Zukunft mehr zu tun haben als die, die einmal früher die Innenstädte mitgeprägt haben.

Wir haben in Berlin nach der Wende voll auf die Stadt gesetzt und der Innenstadt absolute Priorität gegeben. Wir taten dies sogar zu einem Zeitpunkt, wo uns zum ersten Mal das Ausweichen in das nicht mehr von Grenzen verschlossene Umland möglich war. Denn wir waren davon überzeugt, dass die heutige Stadt die sich gegenseitig bekämpfende Segmentierung städtischer Funktionen überwinden kann. Dass es Wege gibt, im Zentrum der Stadt gerade durch die Zusammenführung der Funktionen neue Lebendigkeit und neue Gemeinschaft zu eröffnen.

Auch wir haben dabei keine Wunder vollbracht. So wurde zum Beispiel die rigide Vorgabe, überall in den neuen innerstädtischen Entwicklungsgebieten mindestens 20 Prozent Wohnanteil vorzusehen, mancherorts unterlaufen. Aber an vielen Stellen hat es doch zu wirklicher Stadt geführt. Auch die Mischung von Freizeit, Grünanlagen, Wohnungen, Büros unterschiedlicher Art und bedeutenden Einrichtungen bewährte sich. Auch das Prinzip des – wo immer möglich – zurückhaltenden Eingriffs in das gewachsene Stadtviertel (wie etwa am Prenzlauer Berg) erwies sich als richtig.

All dies waren nicht umwälzende, sondern eher zurückhaltende, aber eben doch kon-

sequente Eingriffe. Vor allem waren dies Eingriffe, die mit aller Entschiedenheit davon ausgingen, dass Innenstädte attraktiv für ihre Bewohner sein können.

Auch wir entschlossen uns hierzu nicht ohne Zögern. Schon gar nicht machten wir »tabula rasa«. Dort, wo es möglich war, Gewerbeflächen oder traditionelle Produktion für die Innenstadt rückzugewinnen oder zu erhalten, haben wir bevorzugt die Flächen dazu zur Verfügung gestellt. In der Praxis zeigte sich allerdings, dass diese Nutzungen sich im innerstädtischen Bereich zu beengt fühlten. Sie haben gewissermaßen treffender als die Stadtplaner eingeschätzt, dass sie dort am falschen Platz waren. Und sie waren im Übrigen nur dann für die Stadt verloren, wenn es nicht vorausschauend gelang, sie an anderen Stellen des Stadtgebietes zu reintegrieren.

Auf diesem Weg haben wir in Berlin Schritt für Schritt Erkenntnisse gesammelt, »für was die Stadt da ist«. Wir haben versucht, aus den Problemen die Chancen herauszufinden. Wir wollten die Stärken, die der Stadt wirklich zuzurechnen sind, ermitteln, mit denen sie wuchern kann. So kam die Stadt in gewisser Weise zu sich selbst.

Heute füllt sich diese Stadt. Nicht nur mit Touristen, auch mit Bewohnern. Auf sie wartet ein Angebot ganz unterschiedlicher Innenstädte. Ihre städtische Freiheit beginnt, sehr typisch für funktionierende Großstädte, bereits in der Freiheit der Auswahl der jeweils individuell bevorzugten Städtigkeit.

Wir wissen sehr genau, dass dies nur ein Anfang sein kann. Gerade die ökonomische Substanz Berlins ist noch bei weitem nicht ausreichend. Die städtische Attraktivität jedoch hat sich zu einer sehr gesunden, eben typisch urbanen Stärke verfestigt, auf die sich aufbauen lässt. Denn angesichts der vergangenen Jahrzehnte war diese

Stadt Berlin ohnehin ökonomisch entleert und entkräftet. Krampfhaftes Festhalten an übertragenen funktionalen »Potentialen« hätte die Entwicklung, die jetzt und in Zukunft ansteht, eher behindert als gestützt.

So könnte Berlin ein Modell für eine neue qualitative Stadtentwicklung werden. Uns blieb gar nichts anderes übrig, als die Stadtqualität zum ersten Anspruch unserer Aktivitäten zu machen. So haben wir eine Startbahn geschaffen, von der aus die Stadt gut in die Zukunft hinein fortzuentwickeln ist. Diese Fortentwicklung aber ist existentiell. Dass sie noch aussteht, ist kein Vorwurf gegen die bisherige Arbeit für mehr Stadtqualität. Diese ist im Gegenteil die Voraussetzung.

Es lohnt sich also, die Städte zu modernisieren. Es lohnt sich, die Städte zum besten Ort für das Leben und Zusammenleben der Menschen zu entwickeln. Es lohnt sich aber nur dann, wenn die Stadt genau weiß, welche Entwicklung sie nehmen will, und danach ihre Planung ausrichtet.

Lassen wir uns dabei von diesem Verständnis der Stadt anspornen: ein Verständnis, das die Stadt nicht lediglich als Platz zum Arbeiten und zum Wohnen ihrer Bürger ansieht. Diesem Verständnis nach hat die Stadtplanung nicht nur die Aufgabe, die Stadt möglichst gut funktionieren zu lassen im Hinblick auf die diversen Anforderungen der Bürger. Das Verständnis besteht vielmehr darin, die Stadt als das Eigene dieser Bürger zu begreifen. Sie, die Bürger, sind die Stadt, bilden die Stadt.

Die Stadt ist nicht nur ihr äußeres Zuhause in dem Sinne, dass sie sich in ihr behaglich und wohl fühlen. Die Stadt ist vielmehr auch das Gebilde, das ihren Wunsch nach Zusammenleben mit anderen organisiert und abbildet. Die Stadt ist dazu da, für ihre Bürger ganz unterschiedliche Formen der

Zusammenarbeit zu ermöglichen und zu erleichtern.

So wird die Tradition der »europäischen Stadt« fortgesetzt. Dies ist eine Kulturleistung, auf die wir international stolz sein können. Sieht man andere Entwicklungen in der Welt, so ist es nicht überheblich, sondern geradezu notwendig, dies als ein Modell auch außerhalb Europas anzubieten und die Erfahrungen der europäischen Tradition anderen zur Verfügung zu stellen.

Die »Europäische Stadt« ist nichts Statisches, etwas von gestern; sie war es nie. Es geht vielmehr darum, die Erfahrungen zugrunde zu legen, die sich aus der Geschichte Europas ergeben, und daraus nun eine neue, aktuelle, auf die heutigen Bedürfnisse ausgerichtete Stadtstruktur und Stadtgestaltung zu entwickeln.

Die europäische Stadt ist also kein Thema der Rekonstruktion und des Wiederaufbaus. Sie ist ein Thema der Modernisierung, der Indienststellung der Stadt und damit der Stadtentwicklungsstrategie angesichts neuer Ansprüche und Erkenntnisse. Es handelt sich um ein Thema der Neuentdeckung und der Erfindung.

Man kann dann in ihr kleine oder größere Wunder erleben. Denn die Faszination der Stadt besteht auch darin, dass sie eine Reaktion auf neues Wissen ist, dass sie auf die Werte und Ziele unserer aktuellen Kultur reagiert. Sie gibt davon Kenntnis, was wir in unserer heutigen Verantwortung aus der Welt machen und zu was wir uns in der Welt verpflichten wollen. Die Stadt ist unsere äußere Behausung.

Spreche ich von »europäischer Stadt«, dann meine ich durchaus zunächst die Städte in Europa, wie sie heute existieren und sich über die Zeiten entwickelt haben. Noch mehr meine ich allerdings damit, dass die Städte in Europa über lange Jahrhunderte

hinweg auf der permanenten Suche ihrer Stadtgesellschaften nach der immer humaneren, immer hilfreicheren Form des Zusammenlebens die Kultur ihres Gemeinwesens immer weiter fortentwickelt haben. Europäische Städte sind, wenn sie gelungen sind, das Ergebnis der permanenten Suche ihrer Bewohner nach der immer angemesseneren äußeren Form für ihr Zusammenleben.

Und damit plädiere ich wieder für die inhaltliche, auf die Bewohner und ihr Gemeinschafts- und Individualverständnis bezogene Aufgabe der Stadtentwicklungsplanung. Politisch formuliert, spreche ich von den Verantwortungen der städtischen Fachplanungen für das Ganze der sich entwickelnden, zu formenden und mit inhaltlichen Herausforderungen zu füllenden Stadt.

Wie wir mit der Stadt umgehen, sagt auch etwas über uns selbst aus. Haben wir die Kraft, Neues zu versuchen und auch Wagnisse einzugehen und uns damit mit unseren Leistungen auf den Prüfstand zu stellen? Oder resignieren wir vor solchen Herausforderungen und lehnen wir uns lieber an das an, was uns vertraut ist?

So wie unsere Städte aussehen, sind sie Zeugnis unseres Selbstbewusstseins und unseres Charakters. Sie geben Zeugnis davon ab, was uns wichtig ist, wo wir unsere Werte sehen, für was und für wen wir uns einsetzen wollen. Hier geht es wieder um die inhaltlichen Ziele der Stadtgesellschaft. Hier geht es darum, zu was sich die Stadtbewohner zusammentun, um gemeinsam voranzukommen und Ziele zu erreichen.

Natürlich zeugt die Stadt auch davon, ob sich ihre Bewohner wirklich als Stadtgesellschaft empfinden und nicht nur als gegebenenfalls temporäre Bewohner. Ich bin davon überzeugt, dass die Globalisierung, die zunehmende Nähe früher weit entfernter

Orte in der Welt, weniger zu Letzterem beiträgt. Gerade das Zuhause sein in der Welt lässt die Menschen spüren, dass sie ihre Verortung in einer überschaubaren und doch eher stabilen Gemeinschaft – der der Stadt – benötigen.

Dabei zeigt sich, dass solche neuen Stadtbürger durchaus nicht die althergebrachte deutsche Bürgerschaft sein müssen. Geradezu das Gegenteil ist richtig: In international ausgerichteten und offenen Städten ist die Welt immer mehr bereits zu Hause. Menschen aus aller Herren Länder sind Bürger solcher Städte geworden, und die Städte selbst wurden zum Ergebnis ihrer Auffassungen und Ziele, ihres Verständnisses von Stadtgemeinschaft.

Dies muss durchaus nicht zu zentrifugalen, gesichtslosen, identitätslosen Städten führen. Zu kritikwürdigen Städten haben andere Kräfte als die Weltbürger geführt, die sich die jeweilige Stadt zum Wohnort ausgewählt haben. Gerade die Attraktivität, die Gravitationskraft der gewachsenen europäischen Stadt ist in der Lage, sich diese ganz unterschiedlichen und von überall her gekommen Stadtbürger »anzueignen« und sie zu aktiven, konstruktiven Mitgliedern ihrer Stadtbürgerschaft zu machen.

Das Erscheinungsbild der Stadt ist auch dafür Zeugnis, ob sich ihre Bewohner wohl fühlen und ob sie ihre Stadtgesellschaft so wertschätzen, dass sie sich für sie und darin engagieren. Dass sie das tun, ist wiederum das, was den Charakter der »europäischen Stadt« ausmacht. Wer sie für die Zukunft gewinnen will, muss sich um dieses Stadtbürgertum kümmern, muss ihm Raum bei der Entwicklungsplanung der Stadt geben.

Das bedeutet auch, dass Städte und ihre Bezirke »sich bewegen«. Das taten sie zwar schon immer, die Geschwindigkeit der Bewegungen jedoch nimmt zu. Das bedeutet, dass Stadtpolitik und Stadtplanungs-

arbeit immer mehr zu einer permanenten Betreuung und Beförderung dieser Bewegung aufgerufen sind. Die Zeit, sich für eine Planung zu entscheiden und sie dann über Jahrzehnte hinweg mit Projekten »zu füllen«, ist vorbei.

Dies ist eine Herausforderung, aber eben auch eine große Chance für die Fachpolitiken, die sich den Entwicklungschancen der Stadtgesellschaft widmen, und damit auch für die Familienpolitik. Es eröffnet sich für die Familienpolitik die Chance, Stadtentwicklungspolitik in ihren Dienst zu stellen. Gleichzeitig erbringt sie für die Stadt eine unverzichtbare Qualifizierungsleistung, indem sie den Bau der lebenswerten Stadt unterstützt.